

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Sched.-Konto: Hannover 576 13 Der Abonnementspreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig  
Sched.-Konto: Essen . . 241 71 Anzeigenpreis: Die nebengelegte Kolonelleite oder deren Raum 100 Goldpfennig



Verantwortlich für den Inhalt: Heim. Limberg, Essen. Druck: H. Hausmann & Co., Bochum. Telefon-Nummern: 58, 89, 98  
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Bismarckstr. 38 42. Telegramm: AVerband Bochum

### Zollpolitik und Kapitalismus.

Die Zollpolitik hat die verschiedensten Wandlungen durchgemacht, verschiedenste Tendenzen gezeigt, verschiedensten Zwecken gedient. Letzten Endes waren diese Zwecke immer: weitere Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft. Seit langem hat sich in den modernen Industrieländern ein Prozeß der Vereinheitlichung des Kapitals vollzogen: Industrie-, Handels- und Bankkapital vereinigte sich unter Leitung der „hohen Finanz“, die aber nicht mehr die Finanz von früher, das Handelskapital, ist, sondern die entstand aus der Personalunion der Herren aus der Industrie und den Banken, aus der Verschmelzung von Industrie- und Bankunternehmungen, der selbst ein Fürstenberg nicht entgangen ist.

Diese kapitalistische Entwicklung wird gekennzeichnet durch die Aufhebung der Konkurrenz der Einzelkapitalisten durch monopolistische Vereinigungen. Je mehr der Kapitalismus zu solchen starken Monopolen, Kartellen, Trusts kam, um so mehr änderte sich auch seine Stellung zum Staat. Die bürgerlich-kapitalistische Staatsauffassung setzte sich durch als Kampf gegen die merkantilistische Politik, die zentralisierende, privilegierte Macht des Staates. Es war auch ein Kampf um die „Freiheit“, die Freiheit der Person, des Eigentümers, des Kapitalisten von der staatlichen Bevormundung. In England wurde diese „Freiheit“ sehr weitgehend errungen, auf dem Kontinent beschränkte sie sich vornehmlich auf die Gewerbefreiheit, auf die Beseitigung der Staatseingriffe in das gewerbliche Leben, wie es in unserem Verufe in der Aufgabe des Direktionsprinzips in Erscheinung trat, unter welchem der Eigentümer in seinem Bergwerksbetrieb wenig, der Staat alles zu sagen hatte. Die neue Freiheit führte aber nicht überall zum „Freihandel“, hier lenkten die verschiedensten Interessen die Entwicklung hierhin, in anderen Ländern dorthin. In England wurde die Handelspolitik freihändlerisch, auf dem Kontinent blieb sie schutzzöllnerisch. Die englische Entwicklung war eine Folge der technischen und ökonomischen Überlegenheit der früh entwickelten englischen Industrie, die ausländische Konkurrenz nicht zu fürchten hatte. England brauchte also keinen Schutz Zoll für fremde Industrieprodukte, es konnte aber auch keine Schutzzölle für Getreide usw. brauchen, da die dadurch bedingten Steigerungen der Preise des Lebensunterhalts auf den Arbeitslohn wirkten. Dieser bildete aber noch einen so erheblichen Teil der Produktionskosten, daß seine Steigerung stets unangenehm empfunden wurde.

Auf dem Kontinent hatten die Grundbesitzer Interesse am Freihandel, da er den Absatz ihrer Produkte erleichterte und den Bezug von Industrieerzeugnissen verbilligte. Die Industrie hatte aber sehr bald andere Interessen. Sie wollte sich entwickeln. Der Mangel an geschulten Arbeitern, Ingenieuren war erheblich, die technische und kaufmännische Organisation noch rückständig. Das Handwerk war noch nicht niederkonkurriert und das Bauerntum noch nicht so proletarisiert wie in England. Englische Industrieprodukte waren böse Konkurrenten der deutschen, deshalb deutsche Vorliebe für Industrieschutzzölle. In dieser Periode belastete dieser Zoll aber auch das eigene Volk nicht so, wie es bei der späteren Entwicklung der Fall war.

In der Zeit des entfaltenen Kapitalismus änderten sich die Dinge. In Deutschland hörte bald nach der Reichsgründung die Landwirtschaft auf, Exporteur von Landesprodukten zu sein. Die Einfuhr dieser Produkte stieg, die Landwirtschaft bekam schutzzöllnerische Interessen. Bei der Eisen-, besonders der Schwerindustrie, hatten sich die Interessen ebenfalls entwickelt. Die Industrie entwickelte sich rasch, konnte aber doch den technischen und organisatorischen Vorprung der englischen Industrie nicht rasch genug einholen und wollte durch Zölle dagegen geschützt sein. In der Schwerindustrie interessierte Teile des Handels- und Bankkapitals hatten ähnliche Interessen, die Fertigungsindustrie, die auf die Einfuhr angewiesen war, blieb freihändlerisch, ebenso das mit dieser Industrie liierte Handels- und Bankkapital. So entwickelte sich nach und nach das Kompagniegeschäft: Gibst du mir Eisenzölle, gebe ich dir Agrarzölle!

Der Schutz Zoll hatte in diesem Stadium der Entwicklung die Wirkung, die schwere Industrie in ihrer Entwicklung, ihrem Zusammenschluß, in der Kartellierung und Vertrustung zu begünstigen. Das führte zu rascher Annäherung, teilweise zur Überlegenheit der deutschen Industrie über die Leistungsfähigkeit der englischen.

Die kapitalistische Entwicklung verlief in England wesentlich anders als in Deutschland. In England hatte sich die Industrie langsam und organisch entwickelt, von der Kooperation über die Manufaktur zur Fabrik. Organisch dominierte der Einzelkapitalist, nicht Aktiengesellschaften. In Deutschland wurde die kapitalistische Entwicklung eigentlich erst frei unter dem Zollverein und nach der Reichsgründung. In England verfügte die Aktiengesellschaft meist nur über das Geld der Einzelkapitalisten. In Deutschland sorgten die Banken nicht nur für den Zirkulations-, sondern auch für den Kapitalkredit, indem sie in weitem Umfang das Spargeld breiterer Volksschichten den Aktiengesellschaften zuführten. Diese eigenartige Verbindung von Banken und Industrie wurde ein mächtiger Hebel für die schnelle organisatorische und technische Entwicklung der deutschen Industrie. Sie förderte die Kartellierungstendenzen, änderte die Funktion des Schutzzolls und schuf wieder neue Schutzzoll-Interessen.

im geschützten Gebiet zu beschleunigen. Der Zoll brauchte nur mäßig zu sein, so hoch, daß er den Vorprung der fremden Industrie ausglich. Er war auch nicht als dauernde Einrichtung gedacht. Wenn dieser „Erziehungszoll“ die heimische Industrie so entwickelt hatte, daß sie den Bedarf des Landes decken und zur Ausfuhr übergehen konnte, hatte er seinen bisherigen Sinn verloren. Er hätte dann andere Länder zu ähnlichen Maßnahmen angereizt und die deutsche Ausfuhr erschwert. Nach Entwicklung kapitalistischer Monopole bekam aber der Schutz Zoll einen ganz anderen Sinn. Der monopolisierte Kapitalismus konnte den Bedarf des eigenen Landes decken und erfolgreich auf dem Weltmarkt konkurrieren. Die stark entwickelte Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt aus durch Kontingentierung des Produktionsquantums, das für den inneren Markt bestimmt war. Nun gestattete der Schutz Zoll, dem Inlandsmarkt höhere Preise abzunehmen. Je höher nun der Schutz Zoll, um so größer der Ertragsprozent, den die Industrie aus dem Inlandsmarkt zog. So wurde aus dem Erziehungszoll der Hochschutzzoll, aus dem Industrieschutzhändler oder dem Freund des mäßigen Schutzzoll der Hochschutzzöllner. Eins griff hier ins andere. Bei hohen Zöllen für Maschinen profitierten nicht nur die Fabrikanten derselben, es partizipierten an dem Gewinn auch die Eisen- und Kohlenlieferanten, die unter Umständen durch Preiserhöhungen den ganzen Gewinn für sich in Anspruch nehmen. So erwuchs ein Interesse nicht nur an Zöllen für die eigene Industrie, sondern für die ganze Industrie. Der Hochschutzzoll wurde ein Tribut, der der Konsumentenklasse des eigenen Landes auferlegt wurde. Dieser Ertragsprozent durch teure Preise im Inland, ermöglicht durch den Hochschutzzoll, wurde von immer höherem Interesse für die Industrie, da die Verbilligung der Selbstkosten durch den Druck auf den Arbeitslohn und durch Verlängerung der Arbeitszeit immer schwieriger wurde, je mehr die wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse fortschritt. Mühte man mit dem Industrieschutz Zoll auch höhere Agrarzölle in Kauf nehmen, so spielte das nicht mehr eine so große Rolle für den Kapitalisten wie früher, da infolge der technischen Entwicklung der Arbeitslohn nicht mehr eine solche Rolle in den Selbstkosten spielte wie vorher. Auch wurde, was aus Rücksicht auf die Preissteigerung durch Agrarzölle an Arbeitslohn zugelegt werden mußte, mehr als wettgemacht durch den Ertragsprozent, den der genügend hohe Schutz Zoll garantierte. Dieser Ertragsprozent im Inland gestattete der Industrie, auf dem Weltmarkt erfolgreich zu konkurrieren, unter den Produktionskosten zu verkaufen oder durch Exportprämien diese Konkurrenz zu unterstützen. Vielfach haben früher die Konsumenten jeder Art über solche Schleuderverkäufe ins Ausland geklagt, die nur möglich waren, weil die Kontrolle im Lande dem Konsumenten das Fell über die Ohren zogen.

Natürlich hat solcher Hochschutzzoll die Gefahr, daß andere Länder mit gleicher Waffe kämpfen und die deutsche Ausfuhr hemmen. Aber auch dann weiß sich der Kapitalismus zu helfen, indem er neben Waren nun auch Kapital ausführt, um im fremden zollgeschützten Land zu fabrizieren.

Je kleiner das Wirtschaftsgebiet, um so geringer die Möglichkeit, auf Grund des Schutzzolls hohen Ertragsprozent aus dem Inlandsmarkt zu ziehen. Das größere Wirtschaftsgebiet gestattet auch sonst der Industrie, Vorteile aller Art auszunutzen. Der Standort kann viel leichter nach den günstigsten natürlichen Bedingungen, nach Art und Billigkeit der Arbeitskräfte gewählt, die Selbstkostenniedrigung forciert werden. Wie dies Streben nach größeren Wirtschaftsgebieten ein Hebel für den Krieg war, ist bekannt. Notwendig ist die Überwindung früherer Entwicklungsstufen durch Verbindung des Weltmarktes zu einem Wirtschaftskonglomerat, die größtmögliche Produktivität und internationale Arbeitsteilung gestatten würde. Die Keime dieser neuen Entwicklung sind vorhanden, sie zu pflegen ist auch unsere Sache!

### Die erste Internationale.

Der 28. September 1924 60. Gründungstag.

Am 28. September waren 60 Jahre seit der Gründung der „Internationalen Arbeiterassoziation“ der ersten Arbeiterinternationale verstrichen. In einer Versammlung, die am 28. September in St. Martins Hall in London stattfand, wurde sie gegründet. Es wurde dort ein Komitee, dem neben Engländern, Franzosen und Italienern auch Karl Marx angehörte, gebildet, das den Auftrag erhielt, provisorische Statuten und eine Prinzipienklärung auszuarbeiten. Karl Marx setzte sich in diesem Komitee nach scharfen Auseinandersetzungen, besonders mit dem Italiener Mazzini, durch und erhielt schließlich den Auftrag, die Statuten und die Prinzipienklärung abzufassen. Die Prinzipienklärung der Ersten Internationale wurde unter dem Namen „Inauguraladresse“ bekannt. Dieses Werk stellte das Programm der aufstrebenden Arbeiterklasse dar, liquidierte alle verschwörerischen und sektiererischen Ideen, die damals noch in der Internationale spulten, erledigte die Anhänger des proudhonistischen Utopismus und entrollte in großen Zügen ein prägnantes Bild der Lage der arbeitenden Klasse zu jener Zeit. Besondere Bedeutung erhielten diese Prinzipienklärung und die Statuten dadurch, daß Marx in ihnen zum erstenmal die große Bedeutung der Gewerkschaften im Bestreben der Arbeiterklasse festlegte. In den Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation heißt es: „In Erwägung, daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse kein Akt der Güte, sondern ein Akt der Gerechtigkeit ist, und daß die Arbeiterklasse die einzige Kraft ist, die in der Lage ist, die soziale Revolution zu bewerkstelligen, beschließt sie, die Arbeiterklasse zu organisieren, zu vereinigen und zu unterstützen.“

Mehr denn je kommt heute wieder der marxistische Grundsatz zur Geltung, daß nur durch eine Veränderung des wirtschaftlichen Unterbaues jeder Gesellschaft auch der politische, kulturelle und ideologische Ueberbau verändert werden kann.

Nach all den politischen Kämpfen der letzten Jahre wird sich in immer breiteren Arbeiterschichten der Gedanke festsetzen, daß die ökonomische Befreiung der Endzweck der Kämpfe ist, welche die Arbeiterklasse in immer schärfer werdender Form durchführen muß.

Am 60. Jahrestag der Arbeiterinternationale müssen die Proletarier in ihrem Ringen um gesellschaftliche Geltung die ganze Bedeutung der Gewerkschaften erfassen, von denen Karl Marx schon damals schrieb, daß sie „Vorzugsstelle der Organisation der Arbeiterklasse“ darstellen.

### Reichskonferenz des Verbandes.

Stellungnahme zur Frage der südlichen Randzonen.

In der Zeit vom 15. bis 17. September tagte im Landtagsgebäude zu Berlin eine Reichskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Aus der reichhaltigen Tagesordnung sei nur erwähnt, daß Referate entgegengenommen wurden über die Lage der Wirtschaft, Ueberarbeit, Lohn- und Tariffragen, Volkswirtschaft betr. des Achtstundentags, Internationaler Bergarbeiterkongress in Prag, Finanzlage des Verbandes, Jugendbewegung und Bildungsfragen.

Der Ueberblick über die allgemeine Wirtschaftslage, insbesondere die der Bergbauindustrie in allen Revieren, zeigte, daß unsere Organisationsleitung ihre Maßnahmen mit dem größten tatsächlichen Geschick vorzunehmen hat. Das von gewisser Seite geforderte blühende Aufwärtsgangtum müßte an der realen Welt wirtschaftspolitischer Tatsachen und zwingender ökonomischer Gesetze scheitern. Die wohlverordnete Ueberwehrstellung unserer Organisationsleitung in den wichtigsten Fragen der gegenwärtigen Differenzpunkte zwischen Kapital und Arbeit wurde deshalb von der übergroßen Mehrheit der Reichskonferenz gutgeheißen. Das kam selbstverständlich besonders deutlich bei der Frage der Ueberarbeit, der Lohn- und Tariffragen zum Ausdruck, da ja dieselben ganz besonders an den Verlauf elementarer wirtschaftlicher Gesetze gebunden sind.

Betreffend des Volkswirtschaftlichen über die Arbeitszeit wurde darauf hingewiesen, daß der ADBA allen widerstreitenden propagandistischen Redereien arbeiterscheuer Kreise zum Trotz an der Einleitung des Volkswirtschaftlichen festhalten wird. Es sei denn, daß die Reichsregierung so feste Zusagen betreffend der Ratifizierung des Abkommens von Washington macht, daß sich eine Entscheidung des Volkes erübrigen würde. Dies ist jedoch bisher seitens der Reichsregierung noch nicht geschehen. Aus diesen Gründen muß es besonders Aufgabe der Bergarbeiter sein, die Maßnahmen des ADBA für die gezielte Festlegung des Achtstundentages zu unterstützen und die Mittel flüssig zu machen, die zur Durchführung dieser riesigen Aufgabe nötig sind. Jedes Verbandsmitglied wird verpflichtet, eine Marke zu diesem Zweck im Betrage von 50 Pf. zu stechen.

Ueber den Internationalen Bergarbeiterkongress, der im August d. J. in Prag stattfand, wurde im wesentlichen berichtet, was wir schon in ausführlichem Maße in der „Bergarb.-Ztg.“ veröffentlichten.

Die Finanzlage des Verbandes wurde eingehend besprochen und beschlossen, vorerst wieder ab 2. September die Sterbeunterstützung zu zahlen. Die Wiedereinführung der anderen Unterstützungsarten wurde gleichfalls erörtert. Jedoch sollen hier erst genügende Vorbereitungen getroffen werden.

Nach einer lebhaften Diskussion über die Frage der Jugendbewegung wurde beschlossen, ab 1. November in der „Bergarb.-Ztg.“ der Jugend einen besonderen Raum zu widmen. Wenn die Befragung unserer Organisation weitere Fortschritte macht, wird der Verband, sobald es möglich ist, wieder ein eigenes Jugendorgan und eine besondere Jugendzentrale finanzieren.

Bei Behandlung der Bildungsfragen wurde besonders die Schulung der Betriebsräte und der verantwortlichen Jugend gefordert. Der Vorstand legte der Reichskonferenz ein großzügiges Bildungsprogramm für die Verbandsmitglieder während der kommenden Monate vor, das allseitig akzeptiert wurde.

Die Stellung der Reichskonferenz zur Frage der südlichen Randzonen und der Wirtschaftslage in diesem Gebiet wurde in der folgenden, einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck gebracht:

### Entschließung:

„Die Reichskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands lenkt in schwerer Sorge um das Schicksal tausender lichter Bergleute und zahlreicher blühender Gemeinwesen im südlichen Ruhrrevier die Aufmerksamkeit der Verantwortlichen und Reichs- und Staatsbehörden auf die dort von den Unternehmern betriebenen Zechenstilllegungen. Die zur Begründung dieser rücksichtslosen Maßnahmen vorgegebene Unrentabilität mangelt des eindeutigen Beweises. Wenn auch die gegenwärtigen Abzahnende des Kohlenbergbaues als Ausfluß der allgemeinen Wirtschaftskrise unseres Landes nicht zu verkennen sind, so sind doch die entstandenen Schwierigkeiten durchaus als vorübergehend zu bezeichnen und können eine so nachhaltige Verletzung öffentlicher Interessen nicht rechtfertigen. Diesem muß in diesem Vorgehen der Unternehmer der Versuch erklärt werden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern und unter dem Druck der Stilllegungen ihren privaten Interessen einseitig zum Durchbruch zu verhelfen. Dadurch wird in hohem Grade die Wiederherstellung eines normalen Wirtschaftslebens gefährdet. Darum ersucht die Reichskonferenz die Reichs- und Staatsregierung, der schlimmen Schädigung unserer Kohlenwirtschaft durch die Zechenstilllegungen an der südlichen Ruhr mit allen geeigneten Mitteln entgegenzutreten und darauf hinzuwirken, daß die verfehlten Schritte wieder rückgängig gemacht werden.“

Diese Entschließung fandte der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands mit einer eingehenden Begründung an den Reichskongress den Reichswirtschaftsminister, den preussischen Minister für San-



### Das neue Ruhrkohlenyndikat.

Die Syndikate im deutschen Kohlenbergbau sind in ihrer Funktion sehr verschieden. Einige sind nur Verrechnungsstellen, andere, besonders das Ruhrkohlenyndikat, stellen straffe Organisationen dar, die Förderung und Absatz bündeln in der Hand haben. Auf die abgeleitete Kohle erhebt das Syndikat eine Umlage. Davon befreit blieb der Selbstverbrauch der Zechen, der auch nicht auf die Beteiligung angerechnet wurde. Daraus ergaben sich schon seit Jahren Streitigkeiten, die auch jetzt wieder die Neubildung des Syndikats erschweren. Während der Ruhrbesetzung wurde für das besetzte Gebiet ein neues Syndikat, die „Ruhrkohle-N.-G.“, gebildet, das die Vorrechte der Gültigen gegenüber den reinen Zechen erheblich erweiterte. Das lag im Zuge der Entwicklung, welche die Vertiefung förderte. Je größer die Verbrauchsbeteiligung, d. h. der Selbstverbrauch der Zechen einschließlich der ihnen angeschlossenen Hütten, um so vorteilhafter für den betreffenden Konzern. Welche Rolle diese Verbrauchsbeteiligung spielte, mögen einige Zahlen zeigen.

Der **Siemens-Heinrich-Schudert-Konzern** (Gelsenkirchener, Deutsch-Luf und Vöhrumer Verein) hatte 1909 eine Verkaufsbeteiligung von 11,79 Mill. Tonnen und eine Verbrauchsbeteiligung von 2,33 Mill. To. 1921 betrug die Verkaufsbeteiligung 14,11 Mill. To., die Verbrauchsbeteiligung aber 5,55 Mill. To. 1909 war knapp ein Fünftel, 1921 aber weit über ein Drittel der gesamten Produktion als Selbstverbrauch frei von Abgaben an das Syndikat.

Der **Krupp-Konzern** (Säbiger-Neuad, Hannover-Spanibal, Constantin der Große, Helene Amalia und Emischer-Tippe) hatte 1909 3 Millionen Verkaufsbeteiligung und 2,674 Mill. To. Verbrauchsbeteiligung. 1921 betrug die Verkaufsbeteiligung 6,04 Mill. To., die Verbrauchsbeteiligung 3,76 Mill. To.

Der **Haniel-Konzern** (Gutehoffnungshütte, Neumühl, Gibraltor-Erbhölle, Rheinpreußen) hatte 1909 eine Verkaufsbeteiligung von 6,55 Mill. To. und eine Verbrauchsbeteiligung von 1,161 Mill. To., 1921 eine Verkaufsbeteiligung von 7,791 und eine Verbrauchsbeteiligung von 1,835 Mill. To.

Die **Harpener B.-M.-G.** hatte 1909 eine Verkaufsbeteiligung von 7,40 Mill. To. und keine Verbrauchsbeteiligung, seit 1922 hat sie eine Verbrauchsbeteiligung von 15 000 To., 1921 eine Verkaufsbeteiligung von 9,110 Mill. To.

**Hönig** (Graf Wolke, Holland, Nordstern, Weisende, Zollverein, Förder-Kohlenwerk) hatte 1909 eine Verkaufsbeteiligung von 4,945 Mill. Tonnen, eine Verbrauchsbeteiligung von 2,210 Mill. To.; 1921 eine Verkaufsbeteiligung von 4,938 Mill. To., eine Verbrauchsbeteiligung von 2,675 Mill. To.

Der **Soesch-Konzern** (Köln-Neuenh, Trier, Soesch-Kaiserstuhl) hatte 1909 2,224 Mill. To. Verkaufs- und 309 000 To. Verbrauchsbeteiligung, 1921 6,131 Mill. To. Verkaufs- und 943 000 To. Verbrauchsbeteiligung.

Der **Thyssen-Konzern** (Deutscher Kaiser, Lohberg, Rhein) hatte 1909 1,650 Mill. To. Verkaufs- und 2,433 Mill. To. Verbrauchsbeteiligung, 1921 3,765 Mill. To. Verkaufs- und 2,723 Mill. To. Verbrauchsbeteiligung.

Die **Stinnes-Zechen** (Karolus Magnus, Friedrich Ernestine, Graf Veuß, Mathias Stinnes, Viktoria Mathias, Weisheim, Dagenbed, Humboldt, Wieck, Rosenblumendelle, Neu-Schölerpad und Hobeisen) hatten 1909 1,512 Mill. To. Verkaufsbeteiligung, 1921 5,975 Mill. To. Verkaufs- und 1,33 875 To. Verbrauchsbeteiligung.

**Heinrich** (Zentrum, Arenberg-Prosper, Arenberg-Fortsetzung, Fröhliche Bergsonne) hatte 1909 2,957 Mill. To. Verkaufs- und 983 000 Mill. To. Verbrauchsbeteiligung, 1921 1,770 Mill. To. Verkaufs- und 1,590 Mill. Verbrauchsbeteiligung.

Der **Alföner-Konzern** (Viktor, General, Idern, Königsborn, Werne, Georgs-Marienhütte) hatte 1909 2,259 Mill. To. Verkaufs- und 1,35 Mill. To. Verbrauchsbeteiligung; 1921 3,448 Mill. To. Verkaufs- und 1,792 Mill. To. Verbrauchsbeteiligung.

**Mannesmann** (Ädigin Elisabeth, Ufer Fritz, Consolidation) hatte 1909 3,445 Mill. To. Verkaufsbeteiligung, 1921 3,914 Mill. To. Verkaufs- und 520 600 To. Verbrauchsbeteiligung.

Die **Eisener-Steinkohlenbergwerke** (mit Dorffeld, Borussia, Viktoria) hatte 1909 3,099 Mill. To. Verkaufsbeteiligung, 1921 4,340 Mill. To.

**Lothringen** (mit Alte Haase, Schwerin, Schürank-Charlottenburg, Glindorf-Zegen) hatte 1909 1,402 Mill. To. Verkaufsbeteiligung, 1921 4,011 Mill. To.

Der **Stumm-Konzern** (Altenberg, Aplerbed, Effener B.-V. König Wilhelm) hatte 1909 1,710 Mill. To. Verkaufs- und 1,306 Mill. Verbrauchsbeteiligung, 1921 2,238 Mill. Verkaufs- und 1,100 Mill. To. Verbrauchsbeteiligung.

Von anderen Gruppen hatten Verbrauchsbeteiligungen 1921 (in Klammern von 1909): Rombacher (Konradia) 1,00 Mill. (0,0), Friedrich der Große (Fleber Hütte) 900 000 (0,0), Mansfeld-Sachsen 400 000 (0,0), Auguste Viktoria 800 000 (0,0), Wubertus (Waffen) 335 000 (0,0).

Diese Verziehungen in der Verkaufs- und Verbrauchsbeteiligung konnten natürlich nicht ohne Einfluß auf die Stellung der Konzerne zu der Gestaltung des Syndikats bleiben. Dem Streben, den Gültigen mehr Freiheit zu geben, wurde immer mehr Rechnung getragen, indem man Selbstverbrauch zugestand, wenn die angeschlossenen Werke auch nur zur Hälfte im Besitz der Konzerne waren. Daneben entwickelte sich ein immer heftigerer Streit um die Frage der Handelsgesellschaften des Syndikats. Diese kamen immer mehr unter den Einfluß bestimmter Zechen, was andere Zechen veranlaßte, um die Beteiligung an diesen Handelsgesellschaften, um die Befreiung ihrer eigenen Kohlenhandels-gesellschaften von dem Einfluß der Syndikatsgesellschaften zu kämpfen. In der Ruhrkohle-N.-G. wurde diesen Bestrebungen heftiger Rechnung getragen, indem an Stelle der 13 Syndikatshandelsgesellschaften von den Zechen naheliegenden Handelsgesellschaften 13 Kommunitätsgesellschaften gegründet wurden. Aber auch diese Form verfiel in der Zeit der Abwehrkriege, die einzelnen Konzerne machten sich wilde Konkurrenz und boten immer mehr auch Syndikatspreise an, um Absatz zu gewinnen und zu behalten. Der Kohlenhandel war durch die Entwicklung ziemlich ausgeglichen und verfahren. Wenn das Kohlenyndikat einmal aufgehört (und das Streben der Unternehmer nach Befreiung der Kohlenhandelsgesellschaften eine nicht leicht ausfüllbare Lücke em-fanden. Außerdem wollten aber die einzelnen Konzerne nicht auf den Handelsnutzen verzichten. Zu den Opponenten gegen die Verlängerung des Syndikats gehörten u. a. Thyssen, Rheinisch, Stumm, die aber schließlich nach erfolgtem Kompromiß doch beitraten. Zwangsweise an-geschlossen wurde durch das Reichswirtschaftsministerium der Rest von 10 Prozent der Zechen; dazu gehörten: Ewald, Rombach, Bessfelen, Dahlbusch, Adler, Friedrich Heinrich, de Wendel, Bedertohle, Friedrich der Große und Heinrich.

Der Kompromiß befriedigt keinen Teil, er wird auch nur einen Uebergang darstellen. Das Ziel der Unternehmer ist nach wie vor Befreiung der Gemeinwirtschaft, nur in der heutigen kritischen Zeit riskierte man noch nicht die Auflösung des Verbandes, die das Kohlenyndikat darstellt. Gegenstand des Kompromisses waren in der Hauptsache die folgenden Vereinbarungen:

In Holland und dem befreiten Gebiet von Deutschland, d. h. in den Bezirken Hamburg, Bremen und Berlin wird dem Zechenhandel neben den Syndikatshandelsgesellschaften eine gleichberechtigte Betätigung zugesprochen, und zwar in dem prozentualen Verhältnis der Beteiligung im Syndikat. Die Zechen rufen in einer kurzen Frist mitteilen, ob sie eigenen Zechenhandelsbetrieb wollen oder sich den Syndikatsgesellschaften anschließen wollen.

Im Wiederhinter soll den Zechenbetreibern mit eigener Rheinisch

Die Verbrauchsbeteiligung kann, wenn der Selbstverbrauch infolge höherer Gewalt sinkt, in Verkaufsbeteiligung umgewandelt werden, wenn 90 Prozent in der Mitgliederversammlung zustimmen.

Für die Austauschverträge zwischen Brennpfeifen, Eis, Roheisen und Halbzeugen wird Mengen- und Wertausgleich zugelassen.

Im übrigen sind noch selbstverständliche Änderungen vorgenommen worden, z. B. daß die Reparationslieferungen keine Sonderstellung mehr einnehmen.

Man hat es alles in allem mit einem Kompromiß zu tun, das selbstverständlich keine einzige Gruppe befriedigt und das nur dadurch zustande kommen konnte, daß in allen Fragen, besonders aber in der heiß umstrittenen Handelsfrage, beide Parteien sich auf einer mittleren Linie zusammengefunden haben, um einen Syndikatslosen Zustand, den nach allgemeiner Ansicht der Ruhrbergbau und die deutsche Kohlenwirtschaft heute noch nicht vertragen, zu vermeiden.

### Ziel und Form der britischen Gewerkschaftsbewegung.

#### Eine „Charte der Arbeit“. — Das Problem der Zentralisation.

Der englische Gewerkschaftskongreß in Hull nahm eine Prinzipien-erklärung über die Zielrichtung der englischen Gewerkschaften an, die für die weitere Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung von höchster Bedeutung sein wird. Diese „Charte der Arbeit“ hat folgenden Wortlaut:

„Der Kongreß bestätigt die früheren Kongreßbeschlüsse betreffend die notwendigen und grundlegenden Änderungen des gegenwärtigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Systems und beschließt, diese Beschlüsse als „Charte der Arbeit“ zu formulieren. Er erklärt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Verwirklichung der in der Charte aufgestellten Forderungen, die von Zeit zu Zeit durch Kongresse revidiert und ergänzt werden können, eintreten zu wollen. Die Charte hat folgenden Wortlaut:

1. Staatliche Übernahme und Kontrolle der natürlichen Reichtümer und öffentlichen Dienste.
  - a) Nationalisierung von Grund und Boden, Bergwerken und Mineralien;
  - b) Nationalisierung der Eisenbahnen;
  - c) Ausbreitung aller staatlichen und Gemeindeforderungen, um allen sozialen Notwendigkeiten und Bedürfnissen Rechnung zu tragen.
2. Löhne und Arbeitszeit:
  - a) Gesetzliche 44stündige Maximalarbeitswoche;
  - b) Gesetzliche Mindestlöhne für alle Industrien und Berufe.
3. Arbeitslosigkeit:
  - a) Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit und ausreichende Erwerbslosenunterstützung;
  - b) Einrichtung für jährliche Ausbildung von jugendlichen Erwerbslosen;
  - c) Schaffung von Erleichterungen für berufliche Ausbildung von jugendlichen Arbeitslosen in Zeiten wirtschaftlicher Depression.
4. Wohnungsfürsorge: Maßnahmen betreffend gesunde und geeignete Arbeiterwohnungen.
5. Erziehung: Schaffung aller Erleichterungen seitens des Staates für den Uebergang von Elementarschulunterricht zu den Hochschulen.
6. Betriebsunfälle und Krankheit: Gewährung ausreichender Unterstützung und Entschädigung für alle Arten von Betriebsunfällen und Krankheiten.
7. Pensionen:
  - a) Alterspensionen vom 60. Lebensjahre an für alle Arbeiter;
  - b) Pensionen für verwitwete Mütter und Unmündige.

Der Kongreß beauftragt den Generatrat, in allen Teilen des Landes eine Kampagne einzuleiten, um die öffentliche Meinung zur Unterstützung dieser Charte aufzufordern.

Der Kongreß macht es ferner dem Generatrat zur Pflicht, auf jedem Jahreskongreß der britischen Gewerkschaften über den Umfang der zugunsten dieser Forderungen unternommenen Propaganda sowie über die erreichten Fortschritte zu berichten und beschließt, daß kein Antrag, der auf eine neuerliche Bestätigung oder Befreiung irgend eines der in der Charte enthaltenen Punkte abzielt, innerhalb dreier Jahre, gerechnet vom Tage der Annahme des betreffenden Gegenstandes, durch den Kongreß auf die Tagesordnung gesetzt werden kann, es sei denn, daß ihn der Generatrat als bringlich bezeichnet.

Diese „Magna Charta der Gewerkschaften“ faßt das Streben der nach Neugestaltung ringenden englischen Gewerkschaftsbewegung in kurzer, knapper Form zusammen. Das Programm zeigt — trotzdem das Wort „Sozialismus“ nicht erwähnt wird —, daß sich innerhalb der britischen Gewerkschaften eine ganz bedeutende Umwandlung vollzogen hat. Die Wandlung innerhalb der britischen Gewerkschaften kommt vor allem bei der Betrachtung der Entwicklung der inneren Struktur der britischen Gewerkschaften zum Ausdruck. Schon einmal (1886) tagte der Kongreß der britischen Gewerkschaften in Hull. Damals wurden 1 1/2 Millionen organisierte Arbeiter durch 140 Delegierte vertreten. Der Kongreß faßte zu jener Zeit den bemerkenswerten Beschluß, ein „Arbeiterwahlkomitee“ einzusetzen, das beauftragt wurde, Arbeiterkandidaten auszusuchen, um sie den beiden bestehenden bürgerlichen Parteien (Konserverativen und Liberalen) zur Aufstellung vorzuschlagen. Der damalige Sekretär des Gewerkschaftsverbandes, Broadhurst, war von Gladstone in das liberale Kabinett berufen worden. Der Kongreß beglückwünschte sich und die Regierung zu dieser Ernennung. Um das Bild noch humter zu gestalten, sei bemerkt, daß der damalige Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes, Rawdsley, sich rühmte, ein Konserverativer zu sein und als „konservativer Arbeitervertreter“ kandidiert zu haben. Und heute tagte der Kongreß zum erstenmal unter einer Arbeiterregierung, stand geschlossen hinter einer Partei, die 1886 noch gar nicht vorhanden war, der Arbeiterpartei, setzte sich ein sozialistisch orientiertes Programm und vertrat mit 750 Repräsentanten 4 1/2 Millionen Proletarier.

Der Kongreß von Hull konnte ein Jubiläum feiern. Vor 100 Jahren, 1824, wurde in England das Koalitionsrecht geschaffen. Seit der Zeit gibt es in diesem Lande eine Gewerkschaftsbewegung in der Form selbstgeführter Arbeiterorganisationen.

Die völlige Umgestaltung der britischen Gewerkschaften ist auch heute noch nicht vollzogen. Man kämpft noch um die große Frage des Ueberganges von der ursprünglichen Organisation in kleinen Berufsvereinen (Craftunions) zur Bildung der großen Industrieverbände (Industrial-unions), die nach dem Prinzip der Betriebsorganisation aufgebaut sind.

Das Problem der Zentralisation der britischen Gewerkschaften hat auch der diesmalige Kongreß nicht gelöst. Die Zusammenfassung der englischen Gewerkschaften läßt an Einheit und Schlagkraft viel zu wünschen übrig. Der Zentralisations, dem „Generatrat“, stehen nur wenig Mittel und beschränkte Macht zur Verfügung. Der Generatrat gebietet über keinen gemeinsamen Kampffonds und hat im Falle der Not noch nicht einmal das Recht, allgemeine Beiträge für bestimmte Zwecke zu erheben. Der diesmalige Kongreß hat zur Befreiung dieses Übels nur einen kleinen Schritt vorwärts getan. Die ergänzten Statuten sehen vor, daß die angeschlossenen Gewerkschaften den Generatrat über Streitigkeiten mit den Unternehmern oder aber zwischen Gewerkschaften „informieren“ sollen. Treiben die vermittelnden Maßnahmen des Generatrats besonders bei Streitigkeiten innerhalb der Gewerkschaften wirkungslos, so hat er das Recht, dem Kongreß — Bericht zu erstatten.

Beschäftigten, die in den weit jüngeren Arbeiterorganisationen des Kontinents längst gelöst sind.

Der allgemeine Zug der Entwicklung zur Gleichgestaltung der Ziele und Wünsche der Arbeiter aller Kulturnationen wird auch die englische Gewerkschaftsbewegung erfassen. Aus der Rhetorik der heiß durchglutenden Zeit unabwehrbarer Kämpfe um die Geltendmachung unserer Klasse werden sich letzten Endes die Formen der Arbeiterorganisationen ergeben, die mit größter Intensität und härtester Durchschlagkraft dem Proletariat den Weg zum Siege vorbereiten.

### Zur Unterstützungsfrage im Verband.

Wiederholt wurde von Mitgliedern in der letzten Zeit die Wiederzahlung der Kranken-, Arbeitslosen- und Sterbeunterstützung gewünscht. Leider war es infolge finanzieller Schwierigkeiten, hervorgerufen durch die große Arbeitslosigkeit im Bergbau, nicht möglich, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Die Nachwirkungen dieser Krise hemmen auch jetzt noch unsere finanziellen Möglichkeiten. Zur Orientierung der Kameraden, denen die Verzögerung zur Wiederzahlung der Unterstützung nicht verständlich erscheint, ist es deshalb notwendig, über die Finanzlage des Verbandes einiges zu sagen.

Der Grundsatz, wonach Ausgaben sich nur machen lassen, wenn auf der anderen Seite die erforderlichen Einnahmen zu verzeichnen sind, ist bekannt, besonders bei uns als Organisation. Andere Einnahmen als die aus Mitgliederbeiträgen stehen uns nicht zur Verfügung. Die Möglichkeit der Verwendung größerer Beträge zu Unterstützungszwecken hat ein angesammeltes Vermögen oder laufende Einnahmen in Höhe der entstehenden Ausgaben zur Voraussetzung. Welches ist zurzeit leider nicht der Fall. Warum wir während der letzten Jahre zur Inflationszeit keine Ersparnisse machen konnten, ist bekannt und beim Massenbericht auf der Generalversammlung eingehend behandelt worden. Der Jahresbeitrag, der im Jahre 1913 im Durchschnitt pro Mitglied 20,38 Gmf. betrug, fiel im Jahre 1922 auf 1,16 Gmf. Selbst dieser geringe Beitrag in Goldmark, in Papiermark gezahlt, ging der Hauptmasse in den meisten Fällen vollständig erwertet zu und war im letzten Jahre mitunter zur Deckung der Verwaltungskosten nicht mehr ausreichend. Freigewordene Ersparnisse zu machen, war deshalb vollständig unmöglich. Hätte der Vorstand die aus der Vorkriegszeit vorhandenen Vermögens-teile nicht werblich angelegt, wäre der Verband arm wie Floh aus der Inflationszeit herausgegangen. Aus all diesen Gründen mußte schon Ende 1923 die Zahlung der Unterstützungen eingestellt werden. Unser Vermögen am Jahresabschluss betrug ungefähr (außer Grundstückenwerten) 500 000 Goldmark. Dieser Betrag wurde bei Wiederzahlung der Unterstützungen ab Februar 1924 fast vollständig ausgegeben (trotzdem nur 50 Prozent der statistischen Unterstützungsätze gezahlt wurden), weil die Einnahme infolge der großen Arbeitslosigkeit zu gering war und zur Deckung der Kosten für Unterstützungszwecke nicht ausreichte. Schätzungsweise waren im 1. Quartal 1924 70 000 und im 2. Quartal 40 000 arbeitslose Mitglieder vorhanden, unzureichend die Zahl der Kurzarbeiter. Die Anzahl der arbeitslosen Mitglieder dürfte im 3. Quartal ungefähr dieselbe sein wie im 2. Quartal. Eine Zwischenbilanz für das 1. Halbjahr 1924 zeigt eine Beitrags-einnahme von ungefähr 1 1/2 Millionen Goldmark, dagegen eine Ausgabe von 1 Million Goldmark allein für Unterstützungszwecke, darunter 860 000 M. für Arbeitslosenunterstützung. Weiter ungünstig beeinflusst wurde die Einnahme durch die Auszerrungen im Ruhrgebiet, Sachsen und Oberschlesien im Mai und Juni d. J., die für diese Reviere einen allgemeinen Beitragsausfall von 6 bis 7 Wochen zur Folge hatten, da während dieser Zeit reguläre Unterstützung nicht gezahlt werden konnte. Die im 1. Halbjahr 1924 angesammelte Rücklage ist deshalb noch zu gering und gibt nicht die Möglichkeit, sofort mit der Wiederzahlung aller Unterstützungsarten beginnen zu können. Bei sorgfältiger Kalkulation der Einnahmen und der zu erwartenden Ausgaben bei der noch vorherrschenden Arbeitslosigkeit muß leider festgestellt werden, daß weder die laufenden Einnahmen, noch die vorhandenen Reserven zur Zahlung der Unterstützungen ausreichen. Diese Feststellung ist bitter, darf aber nicht verschwiegen werden, um das Auskommen irriger Ansichten zu verhindern.

Die im September d. J. in Berlin stattgefundene Reichskonferenz im Beisein des Gesamtvorstandes und des Beirates hat deshalb beschlossen, ab 28. September vorläufig mit der Zahlung der Sterbeunterstützung zu beginnen, dem hoffentlich recht bald die Zahlung der anderen Unterstützungsarten folgen kann. Gesamtvorstand und Beirat verkennen gewiß nicht die Not, unter der vor allen Dingen die arbeitslosen Kameraden zu leiden haben, glauben es aber nicht verantworten zu können, wenn sofort mit der Zahlung aller Unterstützungen begonnen wird, um sie zwei bis drei Wochen später wegen Mangel an Mitteln wieder einstellen zu müssen. Wir alle hoffen, daß in einiger Zeit eine Besserung der Wirtschaftslage eintritt, damit eine Besserung der Finanzlage des Verbandes und damit weiter die Möglichkeit, alle Bestimmungen des Statuts wieder in Kraft zu setzen. Der Vorstand hat Auftrag, sobald sich eine Besserung bemerkbar macht, die Wiederzahlung der übrigen Unterstützungsarten zu beschließen.

Die Finanzlage des Verbandes ist zurzeit vielleicht nicht gerade erfreulich. Ursache zu Bedenken irgendwelcher Art gibt sie aber nicht. An sich ist der Vorgang logisch, zumal wenn wir die Auswirkungen der Inflation bei anderen Korporationen und in den Einzelhaushalten beachten. Inflation und Arbeitslosigkeit waren zwei Faktoren, die es verschuldeten, daß Unterstützungs-einrichtungen des Statuts zeitweilig nicht eingehalten werden konnten. Die richtige Abwandlung, die alle Mitglieder und Funktionäre daraus ziehen müssen, ist erhöhte Agitation und Mitgliedererwerbung für den Verband, um die Organisation, alle Bergarbeiter umfassend, finanzkräftiger zu gestalten. Auch diese Krise wird, wie alle bisherigen, überwunden werden, wenn alle Mitglieder, eingedenk der beruflichen Streitfragen, die uns in der Folgezeit vielleicht mehr als bisher beschäftigen werden, zur Stärkung des Verbandes weiter werden und agitieren.

Die im September d. J. in Berlin stattgefundene Reichskonferenz im Beisein des Gesamtvorstandes und des Beirates hat deshalb beschlossen, ab 28. September vorläufig mit der Zahlung der Sterbeunterstützung zu beginnen, dem hoffentlich recht bald die Zahlung der anderen Unterstützungsarten folgen kann. Gesamtvorstand und Beirat verkennen gewiß nicht die Not, unter der vor allen Dingen die arbeitslosen Kameraden zu leiden haben, glauben es aber nicht verantworten zu können, wenn sofort mit der Zahlung aller Unterstützungen begonnen wird, um sie zwei bis drei Wochen später wegen Mangel an Mitteln wieder einstellen zu müssen. Wir alle hoffen, daß in einiger Zeit eine Besserung der Wirtschaftslage eintritt, damit eine Besserung der Finanzlage des Verbandes und damit weiter die Möglichkeit, alle Bestimmungen des Statuts wieder in Kraft zu setzen. Der Vorstand hat Auftrag, sobald sich eine Besserung bemerkbar macht, die Wiederzahlung der übrigen Unterstützungsarten zu beschließen.

Die im September d. J. in Berlin stattgefundene Reichskonferenz im Beisein des Gesamtvorstandes und des Beirates hat deshalb beschlossen, ab 28. September vorläufig mit der Zahlung der Sterbeunterstützung zu beginnen, dem hoffentlich recht bald die Zahlung der anderen Unterstützungsarten folgen kann. Gesamtvorstand und Beirat verkennen gewiß nicht die Not, unter der vor allen Dingen die arbeitslosen Kameraden zu leiden haben, glauben es aber nicht verantworten zu können, wenn sofort mit der Zahlung aller Unterstützungen begonnen wird, um sie zwei bis drei Wochen später wegen Mangel an Mitteln wieder einstellen zu müssen. Wir alle hoffen, daß in einiger Zeit eine Besserung der Wirtschaftslage eintritt, damit eine Besserung der Finanzlage des Verbandes und damit weiter die Möglichkeit, alle Bestimmungen des Statuts wieder in Kraft zu setzen. Der Vorstand hat Auftrag, sobald sich eine Besserung bemerkbar macht, die Wiederzahlung der übrigen Unterstützungsarten zu beschließen.

Die Finanzlage des Verbandes ist zurzeit vielleicht nicht gerade erfreulich. Ursache zu Bedenken irgendwelcher Art gibt sie aber nicht. An sich ist der Vorgang logisch, zumal wenn wir die Auswirkungen der Inflation bei anderen Korporationen und in den Einzelhaushalten beachten. Inflation und Arbeitslosigkeit waren zwei Faktoren, die es verschuldeten, daß Unterstützungs-einrichtungen des Statuts zeitweilig nicht eingehalten werden konnten. Die richtige Abwandlung, die alle Mitglieder und Funktionäre daraus ziehen müssen, ist erhöhte Agitation und Mitgliedererwerbung für den Verband, um die Organisation, alle Bergarbeiter umfassend, finanzkräftiger zu gestalten. Auch diese Krise wird, wie alle bisherigen, überwunden werden, wenn alle Mitglieder, eingedenk der beruflichen Streitfragen, die uns in der Folgezeit vielleicht mehr als bisher beschäftigen werden, zur Stärkung des Verbandes weiter werden und agitieren.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

#### Der Schwindel der Aktienzusammenlegung.

Als die Goldbilanzverordnung erschien, bezeichneten wir die Bestimmungen über die Zusammenlegung von Aktien als die Gelegenheit eines neuen Raubzuges der Großen gegen die Kleinen. Offiziell und offiziös wurden diese Befürchtungen als übertrieben bezeichnet. Daß sie es in Wirklichkeit nicht waren, zeigt die jüngste Zeit mit ihren zum Teil tollen Zusammenlegungen. Wo Aktien eigens zusammengelegt werden, muß der kleine Aktionär entweder Aktien aufkaufen oder, wenn er das nicht kann, seine alten Aktien abstoßen. Deshalb waren in der letzten Zeit die Aktienwerte stellenweise sehr gedrückt, weil aus den Kreisen der Kleinaktionäre viel Material auf den Markt gegeben wurde. Wie es scheint, wird aber die Umstellungsaktion auch vielfach zu einer gründlichen Sanierungsaktion, womit man über manche Sünden der Vergangenheit einen unüberwindlichen Schleier deckt. Die Regierung hat kein Verständnis dafür, daß man solchen Tendenzen keinen Vorstoß leisten darf, sonst hätte sie die Möglichkeit unterbunden, daß die Ver-waltung der Aktiengesellschaften in der Zusammenlegung völlig freie Hand hätten. Das war um so unverantwortlicher, da sich in der Zeit der Selbstentwertung die Industrie stützend von großen Schuldenlasten befreit hat.

Daß die Zusammenlegungsaktionen vielfach von Steuerinteressen, von den Sonderinteressen der Großaktionäre bestimmt werden, ist selbstverständlich. In der Inflationszeit hat man zu guten Preisen das neue Aktienmaterial an den Kleinen Mann gebracht, heute schlägt man es ihm mit der Umstellung aus der Hand und kauft es für ein Butter-



die rigorose Zusammenlegung ein Zerrbild der tatsächlichen Vermögenslage unserer Aktiengesellschaften ergeben und selbst die Erlangung ausländischer Kredite für unsere Industrie dadurch außerordentlich erschwert werden könne. Die Deutsche Bank hat auf diese Gefahr offen hingewiesen. Wir könnten an zahlreichen Beispielen nachweisen, wie unheimlich Zusammenlegungen im Verhältnis von 10, 20, 30 zu 1 sind. Nur ein fraßes Beispiel sei herausgehoben: Die Rüttenberger Wachsbleiche hätte vor einigen Jahren 3,5 Millionen Mk. Kapital, das sie dann in der Inflationszeit verdoppelte. Nun legt sie zusammen, aber nicht im Verhältnis von 2 zu 1, sondern im Verhältnis von 17 zu 1. Die Unterkapitalisierung, die mit diesem System erreicht wird, geht zunächst auf Kosten der kleinen Aktionäre. Sie hat aber auch volkswirtschaftliche Nachteile, da große stille Reserven die Betriebbarkeit der Verwaltungen einschränken, die Rationalisierung und Verbesserung der Produktion hindern können. Unsere Kameraden haben keine Aktien zu verlieren, trotzdem kann ihnen eine solche Entwicklung nicht gleichgültig sein. Schuld an solcher Entwicklung tragen auch die breiten Volksmassen, die einen Reichstag schufen, dessen Regierung nicht im entferntesten daran denkt, solche Raubzüge und Gefährdungen der Wirtschaft von vornherein zu unterbinden. Die Versuche der Börse, Vorschriften über die Bilanzmittlungen usw. zu erlassen, können an dem Uebel wenig mehr ändern.

**Aufhebung der Kohlensteuer. — Rückwirkend ab 1. Septbr.**

Der Oberbergamtsbesitzer der Befahrungstruppen im Ruhrgebiet hat am 20. September durch einen Erlaß die Einziehung der Kohlensteuer und den Tarif der Kohlenunterprodukte rückwirkend bis 1. Sept. aufgehoben.

**Nachrichten aus der Montanindustrie. Steigende Konjunktur im mitteldeutschen Bergbau.**

Wie verschiedene Meldungen besagen, macht sich in Mitteldeutschland ein rasches Abflauen der Wirtschaftskrise im Bergbau bemerkbar. Eine ganze Anzahl Kalzereien haben den Betrieb wieder aufgenommen. Die Braunkohlengruben kommen an vielen Punkten fast wieder voll in Betrieb.

**Bergbautechnik.**

**Die Wirksamkeit des Gesteinstaubverfahrens.**

Das Gesteinstaubverfahren bezweckt, Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen zu verhindern und bereits entstandene Explosionen abzumildern. Es ist erheblich wirksamer als die zurzeit vorgeschriebene Wasserbereifung und soll daher statt dieser auf den gefährlichen Zechen des Oberbergamtsbezirks Dortmund allmählich durchgeföhrt werden. Es hat seine Wirksamkeit in folgendem Falle wiederum einwandfrei bewiesen: Kurze Zeit vor Wiederaufnahme der regelmäßigen Arbeit Anfang Juni hat auf der Zeche Escher-Lippe in einem im Aufscharen begriffenen Abteilungsquerschlag eine Schlagwetterexplosion stattgefunden. Menschen sind dabei nicht verletzt worden.

Die Explosion ist zweifellos eine reine Schlagwetterexplosion gewesen und allem Anscheine nach von dem Sonderventilator ausgegangen, mit dem der Querschlag bewentert wurde. Sie hat sich, obwohl sie an den reichlich vorhandenen Schlagwetterern genügend Nahrung vorfand, infolge der getroffenen Schutzmaßnahmen nicht voll entwickeln können, sondern ist schon nach kurzem Verlauf durch die Gesteinstaubsperrren, mit denen der Querschlag abgeriegelt war und den außerdem noch vorhandenen gestreuten Gesteinstaub abgedämmt worden. Die Wirkung des Gesteinstaubes war offensichtlich. Der Staub der Sperren ist durch den Explosionsstoß vollständig zerstört worden und hat die Schlagseite aller hinter den Sperren befindlichen Gegenstände im ganzen Streckenquerschritt auf eine große Entfernung hin mit einer dicken Staubschicht bedeckt. Die Flammwirkung ist, wie die Brandspuren deutlich zeigen, über die Sperren nicht hinausgegangen. Wahrscheinlich ist die Flamme sogar bereits kurz vor den Sperren abgedämmt worden und zwar durch den Gesteinstaub, mit dem, unbeschadet der Sicherung durch die Sperren, der ganze Querschlag eingestreut ist.

Die Explosion hätte, wenn die Gesteinstaubföcherungen nicht vorhanden gewesen wären, einen unabsehbaren Umfang annehmen können, da sich der Abteilungsquerschlag während der Arbeitsruhe im Mai, während der wegen Mangels an Betriebskraft die Haupt- und Sonderventilatoren stillgestanden haben, voll Schlagwetter gefüllt hätte und vermutlich auch die benachbarten Betriebspunkte noch nicht rein waren.

**Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Der „Arbeiter“ gegen den Achtstundentag.**

Der „Arbeiter“, das Blatt der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, beschäftigt sich in seiner Nummer vom 1. September mit dem Achtstundentag. Er verteidigt die Arbeitszeitverordnung und die ganze Haltung des Reichsarbeitsministers in der Arbeitszeitfrage und kommt zu dem Schluß, daß wir den Achtstundentag nur haben könnten, wenn Deutschland von Reparationslasten befreit würde. Aber davon ist, schreibt das Blatt, nach unserer Wahrnehmung weder bei Perriot noch Mac Donald, den Freunden des „Vordwärts“, die geringste Reigung. Ihnen liegen jedenfalls die Interessen der französischen und englischen Kapitalisten näher als die der deutschen Arbeiter. Solange indessen die Sozialdemokraten es nicht fertig bringen, Deutschland von seinen Lasten zu befreien, betrachten wir ihr Geschrei um den Achtstundentag lediglich als Mittel, um die Arbeitermassen, bei denen sie schon viel Kredit verloren hatten, in Aufregung zu halten und dabei ihr Parteigeschäft zu machen. Auch der Freund des Achtstundentages wird bei ernster Betrachtung der Sachlage zu dem Schluß kommen müssen, daß die Frage der Arbeitszeit in Deutschland für absehbare Zeit nicht abhängig sein wird von irgendwelchen nationalen oder internationalen Abmachungen. Sie wird vielmehr unerbittlich diktiert werden von den Lebensnotwendigkeiten des Volkes. Es ist gut, wenn sich die katholischen Arbeiter das vergegenwärtigen. Sie werden dann gegen die Lockrufe der Sozialdemokraten gesichert sein und keine unangenehmen Enttäuschungen erleben.

Diese Begründung für die soziale Reaktion ist bei dieser Berliner Richtung nichts Neues. Sie steht nicht nur in Widerspruch zu unserer Auffassung, sondern auch zu der in christlichen Gewerkschaften, auch zu der im Gewerksverein christlicher Bergarbeiter. Nichtsdestoweniger bleibt solche Einstellung auch nur kleiner Gruppen von Arbeitern eine üble Sache.

**Aus der Genossenschaftsbewegung. Internationaler Genossenschaftskongreß in Gent.**

Vom 1. bis 4. September fand in der belgischen Stadt Gent (Flandern) der 11. Kongreß des Internationalen Genossenschaftsbundes statt, an dem nahezu 500 Delegierte aus 22 Ländern der Welt teilnahmen. Vom Zentralvorstand deutscher Konsumvereine waren 23 Vertreter anwesend. Zehn Regierungen hatten Vertreter entsandt, Deutschland und die Schweiz waren breitschlich entkuföhrt. Die Bedeutung der Genossenschaftlichen Internationale ergibt sich aus der Zahl von 52 550 angeschlossenen Genossenschaften (für das Jahr 1922) mit rund 31 Millionen Mitgliedern und einem Umsatz von 7 1/2 Milliarden schweizerischen Goldfranken. Auf das Jahr 1924 sind die prozentualen Zunahmen so berechnet, daß sich ein Stand von 60 000 Genossenschaften mit 40 Millionen Mitgliedern und 10 Milliarden Franken Umsatz ergibt. Mit dem Kongreß, der die Richtlinien für die Behandlung internationaler genossenschaftlicher Geschäfts-, Wirtschafts- und Finanzfragen, auch für die Neutralität der Genossenschaftsbewegung aufstellte, war eine erfreuliche Entwicklung der Genossenschaftsbewegung zu verzeichnen.

belgischer und ausländischer Besucher anzog. Sie gab zusammen mit dem Kongreß ein anschauliches Beispiel von dem bedeutsamen organisatorischen Stande und der produktiven und wirtschaftlichen Leistungskraft der konjunktionswissenschaftlichen Bewegung der Welt.

**Internationale Rundschau.**

**Internationaler sozialpolitischer Kongreß in Prag.**

Vom 2. bis 6. Oktober findet in Prag ein Kongreß für Sozialpolitik statt, der einen interessanten Verlauf zu nehmen verspricht. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die Weltlage der Sozialpolitik; Ueberblick der Ertragsverhältnisse seit 1897 auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, des Schutzes gegen Arbeitslosigkeit, der Sozialversicherung. Die Gegenwart; Ursachen des sozialpolitischen Stillstandes; Mittel, die internationalen Arbeiterschutzeverträge ihrer Verwirklichung entgegenzuführen; Mittel, die Länder mit fortgeschrittener Sozialgesetzgebung gegen die Konkurrenz rückständiger Länder zu schützen. Grundlagen einer neuen Sozialpolitik. Erste Frage: Der Achtstundentag, seine wirtschaftlichen, moralischen und sozialen Wirkungen. Die Förderung der persönlichen Kultur, des Familien-, des Berufslebens und der politischen Schulung der Arbeiter. Zweite Frage: Mitverantwortung und Mitspracherecht der Arbeiter in der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Betriebsführung. Dritte Frage: Verpflichtungen der Gesellschaft auf dem Gebiete der Krisen, insbesondere zur Verhütung der Arbeitslosigkeit.

Für die Kongreßteilnehmer wurden verschiedene Erleichterungen geschaffen. So haben eine Reihe von Ländern, wie die Tschechoslowakei, Oesterreich und Deutschland, sich bereit erklärt, Gratis-Visa auszustellen. Ferner wird den Teilnehmern auf den Eisenbahnen in der Tschechoslowakei eine 50prozentige Ermäßigung gewährt.

Diese Erleichterungen gelten auch für die Teilnehmer der vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufenen Wanderungskonferenz, die am 21. September im Abgeordnetenhaus in Prag stattfindet, da diese gleichfalls als Teilnehmer des Kongresses für Sozialpolitik betrachtet werden.

Unser Verband wird auf diesem Kongreß durch die Kameraden Vorkulze und Viktor vertreten.

**Volk und Slagge.**

Vorn Bergwerk wohl staut sich die schwarze Masse, Kallt die Häute in grimmigem Hasse, Zweit Horn und Huch auf die Zechenherren: Der Baron der Schlote soll verderben.

Wißt ihr, was Hunger im Hause heißt? Wißt ihr, wie weiße Zeude schleicht? Kennt ihr den Ausdruck im Kinderblick, Wenn auf „Prot“ sich reimt — „kein Stüd!“

Habt ihr ein Herz fürs schwarze Volk, Jengte euch Licht das schwarze Volk? Fuhrt ihr mit Stein oder fuhrt ihr mit Kohlen, Warum könnt ihr lägich den Postack holen?

Ihr steht zur Slagge Schwarzrotgold, Zu ihr gehört auch das schwarze Volk. Zeigt euer Herz als Liebesrot, Wer Gold hat, der teile: das ist Gottesgebot.

Mat Toriu

**Der Achtstundentag in Amerika.**

Der Foreign Bure Service veröffentlicht folgende Darlegungen von John B. Andrews, Sekretär der Amerikanischen Gesellschaft für Sozialgesetzgebung:

Die weitverbreitete Einführung des Achtstundentages in den Vereinigten Staaten ist im wesentlichen eine Errungenschaft der letzten zwöf Jahre. Im Jahre 1909 arbeiteten erst 7,9 Prozent der von der Statistik erfaßten Arbeiter in Betrieben mit achtsündiger Arbeitszeit; im Jahre 1914 waren es 11,8 Prozent, aber 1919 48,6 Prozent, 1921 51,5 Prozent. Daß die Einführung des kürzeren Arbeitstages in den letzten drei Jahren noch weitere Fortschritte gemacht hat, bedarf keines Nachweises; es genügt, daran zu erinnern, wie die öffentliche Meinung das größte Unternehmen in der Stahlindustrie vor einem Jahre zwang, sich auf den Achtstundentag umzustellen.

Die öffentlichen Angestellten erfreuen sich durchweg einer nur achtsündigen Arbeitszeit; die Bundesregierung wie zahlreiche Einzelstaaten und Städte verlangen ihre Durchführung auch bei allen von der Regierung unmittelbar oder durch Lieferanten mittelbar unternommenen Arbeiten. In der Industrie allerdings gilt der Achtstundentag gesetzlich im wesentlichen nur für Frauen und Kinder. Jedoch haben schon 13 der 48 Staaten für Bergwerke, Steinbrüche und bei Tunnelbauten und eine Anzahl Staaten auch für einzelne besondere Gewerbebranche den Achtstundentag gesetzlich eingeföhrt.

Immerhin hat die Gesetzgebung nur zu einem geringen Teile das Verdienst an der Zunahme des Achtstundentages. Hier ist die direkte Regelung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern viel wichtiger gewesen. Abgesehen von ein paar Ausnahmen, sind die in Gewerkschaften organisierten Arbeiter mit der Durchföhung des Achtstundenarbeitstages und in großem Umfange auch der 44-Stundenwoche mit dem halben freien Sonnabend erfolgreich gewesen.

In einem Kommissionsbericht der Vereinigten Maschinenbaugesellschaft Amerikas wird als Ergebnis der Einführung des Achtstundentages festgestellt: bessere körperliche und geistige Beschaffenheit und Sebung des allgemeinen Niveaus der Arbeiter, weniger Nachlässigkeit und Wegbleiben von der Arbeit, bessere Stimmung und Zusammenarbeit, genauere Befolgung der Arbeitsvorschriften; infolgedessen bessere Qualität der Erzeugnisse, Zunahme der durchschnittlichen Stundenleistung, geringerer Materialverbrauch, längere Lebensdauer der Maschinen und Apparate bei verminderten Reparaturen; endlich höheres Ansehen bei der Pundtschaft. Ähnliche Feststellungen über die heilsame Wirkung des Achtstundentages sind in letzter Zeit von vielen bedeutenden Arbeitgebern in Amerika gemacht worden. Die Beobachtungen über die Produktionsleistungen bestätigen fast durchweg die europäischen Erfahrungen, daß der Achtstundentag in den allermeisten Fällen das Arbeitsergebnis nicht mindert, dagegen zu einer gleichmäßigen Produktion beiträgt, ganz abgesehen von der Verminderung der auf Ermüdung zurückzuföhrenden Betriebsunfälle.

Der Achtstundentag ist in den Vereinigten Staaten, obwohl noch längst nicht überall eingeföhrt, doch schon festgewurzelt. Wirtschaftler, Sozialbeamte und Gewerkschaften drängen seit langem zur allgemeinen Annahme des kurzen Arbeitstages und die rasch wachsende Literatur über wissenschaftliche Betriebsführung tritt ebenfalls dafür ein. Die Bewegung für 1923, die zur Annahme des Achtstundentages durch die große Steel Corporation führte, ist der beste Beweis dafür, daß auch die Einführung der amerikanischen „Cash-in-Advance“ nicht ohne die un-

**Knappphäftliches.**

**Der Begriff „Wesentliche bergmännische Arbeit“.**

**Eine Entscheidung des Knappphäfts-Oberversicherungsamts.**

Seit Monaten ist ein Hauptstreit über den Begriff „wesentliche bergmännische Arbeit“ im § 26 des Reichsknappphäftsgesetzes entbrannt, insbesondere über den Kreis der Personen, die zwecks Pensionierung im Bergbau unter den § 26 fallen. Es liegt nun eine diesbezügliche Entscheidung des Knappphäfts-Oberversicherungsamts vor. Einem Bergmann aus Holzwickede war die beantragte Alterspensionierung vom Bezirksknappphäftsverein verweigert worden, weil er seine 15 Jahre wesentliche bergmännische Arbeiten verrichtet habe. Der Bergmann war Anschläger am Hauptfördererwerk gewesen, eine Arbeit, die der Bezirksknappphäftsverein nicht als wesentliche bergmännische Arbeit ansehen will. Es wurde gegen diesen ablehnenden Bescheid Berufung beim Knappphäfts-Oberversicherungsamt eingelegt. Der Bezirksknappphäftsverein wurde verurteilt, dem Bergmann die Alterspension zu zahlen. In der Begründung der Entscheidung heißt es:

Diese Tätigkeit (Anschläger) ist nach Ansicht des erkennenden Gerichts als eine wesentliche bergmännische Arbeit anzusehen, da der Kläger früher als Anschläger am Hauptfördererwerk teilweise Schlepperarbeiten (Aufschläger) mit zu verrichten hatte und im übrigen die Tätigkeit wahrgenommen hat, die an Bedeutung und Verantwortung über die eines gewöhnlichen Schleppers noch weit hinausging. Ohne Anschläger ist föhrtbar. Er hat hiernach eigentliche bergmännische Arbeiten und in ausreichender Dauer verrichtet. Da das Vorliegen der übrigen Voraussetzungen des § 26 des Reichsknappphäftsgesetzes nicht bestritten worden ist, so war der Anspruch des Klägers auf Alterspension dem Reichsknappphäftsverein gegenüber dem Grunde nach festzustellen.

**Herabgelegte Knappphäftsrentenbeiträge.**

Auf einen erneuten Antrag der Kassen unseres Verbandes ist der Beitrag der Krankenkasse vom 1. September 1924 ab von 7 auf 6 Prozent herabgesetzt worden. Die 6 Prozent sind vom gesamten Lohn zu zahlen. Davon zahlen die Mitglieder und die Arbeitgeber je 3 Prozent.

**Aus dem Kreise der Kameraden.**

**Sachsen, Brandenburg und Thüringen.**

**Ein gräflicher Musterbetrieb.**

Gehört da einem Grafen v. Rothenburg eine Grube, die sich Prinz Karl nennt und in der Ostfisch Schlefisch Kerkow im Kreise Grünberg (Schles.) liegt. Die Zustände auf diesem Werke sind recht feudalistisch, d. h., sie spotten jeder Beschreibung und wirken verabscheuend für solche Menschen, deren Sinn bei feudalen Einrichtungen just nicht stehen blieb, auch wenn es nur arme Teufel sind. So geht z. B. der Wechsel der Betriebsführer so oft vor sich, wie ein Kumpel sein Schwermehd wechselt. Jeder neue bringt natürlich besondere und wahrscheinlich „eigens“ erprobte Arbeitsmethoden mit, so daß der Kumpel heute richtig macht, was gestern noch falsch war und das nächste Mal umgekehrt. Eine Tragbare für Kranke und Verlegte existiert auf diesem Werk nicht. Um die Bergpolizeiverordnung des Oberbergamts Vreslau brauchen sich die verantwortlichen Herren von der Verwaltung nicht zu kümmern, das Werk ist doch gräfliches Eigentum und anscheinend vor derartigen Gesetzen geschützt. Weiter-300 ist trotz nasser Wetter auch nicht da. Eine Wad- oder Wadelaue sucht man vergebens auf dem Werk. Der Kumpel soll ja noch nie schmutzig geworden sein. Für alle diese Sachen soll aber geföhrt werden, sobald Geld da ist. Geld freilich ist ein rarer Artikel und ganz besonders in einem gräflichen Besitzume. Daher kommt es, daß die Kumpels und auch die Angestellten manchmal drei bis vier Wochen warten müssen, bis sie die fälligen Lohngehälter bekommen. Zwischen-durch speist man die Arbeiter mit einigen Zechern „Vorshuh“ o. b. Etwas besser mag es wohl den leidenden Beamten und dem Pöster der Grube selbst gehen. Das ist daraus zu schließen, daß man sich erst kürzlich zwei Autos zulegte und vorher zur Umwechslung und Erholung mit einer eigenen Nacht in der Lücke herumgeföhren ist.

Selbstverständlich ist die Grube höchst unrentabel. Trotzdem leistet man sich den Zwang, künftige Betriebsführern und Betriebsratsmitgliedern und beurlaubt sie bis zur Entlassung.

Die Kündigung der Betriebsratsmitglieder wird ebenso ausgesprochen, als wenn ein Kumpel seinen verrodneten Priem formwirft. In dieser Beziehung hat sich der derzeitige Betriebsführer, Herr Oberbergmeister J. J. Grothartiges geleistet. Einem Angestellten, stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden, wird ohne Befragung der Betriebsvertretung gekündigt. (Mit dem Betriebsrat wurde ja lange schon nicht mehr verhandelt.) Eine Grundangabe erfolgte nicht und wäre nur darin zu finden, daß der Betreffende organisatorisch ist und keine tariflichen Rechte beansprucht. (Sollte ein anderer zwingender Entlassungsgrund vorhanden sein, so will unser Gewerksmann diese Behauptung zurücknehmen.) Vierzehn Tage später wird mit demselben Mandat der Betriebsratsvorsitzende auf gleiche Weise erledigt, nur mit der Ausnahme, daß man als Kündigungsgrund Betriebsabbau angibt. Letzteres trifft jedoch nicht zu. Es ist noch genügend Arbeit vorhanden. Es ist einerlei für die Herren der Verwaltung; den Kameraden hat man schon lange auf der Abdankungsliste, weil er nämlich als Betriebsratsvorsitzender dauernd der Verwaltung wegen Weiterzuge, Tragbare usw. die Ohren vollkreuzte. Es fällt übrigens auf, daß der zuständige Bergverwalter, Herr Bergamtsrat J. J. J. in Gölitz, diese großen Mängel — wie das Fehlen einer Tragbare — bei seinen Rundgängen auf dem Werk niemals wahrgenommen hat.

Es ist wert, zu schriben, wie eine Kündigung nach echt ostföbischer Art vorgenommen wird. Am 20. August d. J. wird dem Vorstehenden gekündigt. Am 30. August desselben Jahres sucht sich Herr Oberbergmeister seine Leute aus, die ihm die Kündigungsbestätigung geben. Für-wahr: Bei Gott und Oheibieren ist kein Ding unmöglich. Zur Entlassung kommen auch nur solche Leute, die von der Hand in den Mund leben. Die Hefergestellten, die „Huhbauern“, welche ein bis zwei Kühe im Stall haben und ein eigenes Haus besitzen, kann man doch nicht entlassen, da diese Leute den Winter über schließlich nichts zu essen hätten. Hierzu paßt noch ein Motto: Das Trinken lernt der Mensch zuerst und später erst das Essen; drum darf der Mensch aus Dankbarkeit das Trinken nicht vergessen.

So sieht es auf Prinz Karl aus! Man vermute aber nicht den Herrn Grafen Rothenburg hinter diesen Machinationen. Er selbst ist für seine Arbeiter zu haben, vorausgesetzt, sie haben den Mut, zu ihm vorzubringen. Nur die nötige Lebenserfahrung scheint diesem Herrn zu-fehlen, denn sonst wäre es unmöglich, daß ihm soviel Sand in die Augen gestreut wird. Herr Direktor Rose kann mit Arbeitsüberlastung entschädigt werden. Die Schuldigen sind andere, und mit denen sollte man kurzerhand aufräumen.

**Verbandsnachrichten.**

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 40. Woche (vom 28. September bis 4. Oktober) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

**Adressenveränderungen.**

Steck. Erster Vertrauensmann ist jetzt Kamerad Wilhelm Straumann jr., Viktorstr. 15a.

**Rückerzählung.**



herausragend bewährt bei:  
**Jogal** Gicht, Grippe, Rheuma, Nerven- und Schias, Kopfschmerzen.  
 Jogal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Klinisch erprobt. — In allen Apotheken erhältlich.  
 Best. 64,3% Acid. acet. salic., 0,40% Chinin, 12,6% Lith. ad 100 Amyl.

Eine frohe Botschaft  


für alle Gicht- und Rheumatisustrante.  
 Schmerzen in den Gelenken und Gelenken, geschwollene Gelenke, verkrüppelte Hände und Füße, Juden in den verschiedenen Abteilungen, ja selbst Schwäche der Augen sind vielfach die Folgen rheumatischer und gichtiger Leiden.

„Ihr Tee hat bei meiner Frau ein reines Wunder getan. Der Rheumatismus ist direkt verschwunden. Meine Frau läuft wie eine Biene. Wenn der Erfolg bleibt, so ist Ihr Tee gar nicht mit Geld zu bezahlen.“  
 So schreibt Herr Paul Fietz, Berlin . . . und viele Hundert Leidensgefährten schreiben Ähnliches.

Wollt wir wissen, daß Sie ebenso wie die vielen Tausend Ihrer Leidensgefährten mit unserem St. Josephs-Tee unbedingt zufriedener sein werden, erklären wir uns gern bereit, bis auf weiteres jedem Leser dieser Zeitung, der an Gicht und Rheumatismus leidet, ein Originalpaket St. Josephs-Tee zum Ausnahmepreis v. 1,30 Goldmark franco gegen Nachnahme zuzuschicken, obwohl der Preis jetzt 2,50 Gm. beträgt. Porto und Nachnahmegebühren tragen wir bei der ersten Sendung.

Unsere große Garantie:  
 Wir erklären uns ausdrücklich bereit, Ihnen d. vollen Betrag zurückzugeben, wenn Sie keine Besserung verspüren. Eine größere Garantie kann man unmöglich geben. — Wir geben sie, weil wir wissen, wie oft Sie schon wertloses Zeug erhalten haben. Fordern Sie also von uns jetzt seit 25 Jahren bestehende Firma vertrauensvoll ein Originalpaket St. Josephs-Tee, am besten gleich, denn um so rascher kann Ihnen geholfen werden.

**Dr. Zinsser & Co.,**  
 Leipzig 483.  
 Gegründet 1898

Prima **Eiderfettkäse**  
 9 Pfd. M. 5,50 franko liefert  
**Dampf-Käsefabrik,**  
 Hemsburg 136.

**Mitgliedsbücherfutterale**  
 Preis 10 Pfg.  
 H. Hansmann & Co., Bochum.

**Buchen ist billig**  
 und doch von grossem Nährwert, wenn er nach **Dr. Oetkers-Rezepten** gebacken wird. Man versuche **Apfelfuchen sehr fein**

125 g Margarine à Pfd. 0,60	M. 0,15
125 g Zucker à Pfd. 0,40	0,10
3 Eier à 12	0,36
200 g Weizenmehl à Pfd. 20 Pfg.	0,08
1 Päckchen von Dr. Oetker's Backin	0,05
1/2 Liter Milch à Liter 22 Pfg.	0,80
750 g (1 1/2 Pfd.) geschälte Äpfel	M. 1,12

**Zubereitung.** Butter und Zucker rührt man schaumig und fügt nach und nach das Eiweiß, das mit dem Backin gemischte Mehl und soviel kalte Milch hinzu, daß man einen glatten Teig bekommt. Zuletzt rührt man den Eierschnee unter die Masse und füllt diese in eine gefettete Springform, hierauf belegt man den Teig mit den geschälten und in 6 Stücke geschnittenen Äpfeln, bestreut ihn mit Zucker und bäckt ihn etwa 1 1/2 Stunde. — An Stelle der Äpfel kann man auch mit durchgeschnittenen, entsteineten Zwetschen belegen.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wenn vergriffen, durch Postkarte gratis und franko von **Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabrik, Bielefeld.**

**Achtung! Preisabbau!**  
**Sahrrad-Bereifung**


Wulstdecken 28 x 1 1/2, prima grau	3,- Mk.
28 x 1 1/2, extra pa. weiss	4,-
Bergdecken 28 x 1 1/2, prima grau	4,-
28 x 1 1/2, extra pa. weiss	5,-
Luftschläuche 28 x 1 1/2, extra pa. grau	1,-
Elektr. Lichtmotor, komplett	14,-

Sohlenplatte extra prima Qual., besser und haltbarer als Leder, Platte 10 Paar Sohlen 2,50 Mk. — Versand unter Nachnahme, solange Vorrat. — Porto und Verpackung wird bei Aufträgen über 20 Mark nicht berechnet.

**E. H. Meyer, Gummiwarenvertrieb**  
 Frankfurt a. M. I, Schleifbach 206

Das Kind gedeiht, die Mutter lacht, „Köstlicher Schwarzbier“ hat's gemacht.  
**Köstlicher Schwarzbier**  
 ist ein Gesundheits-, Nähr- und Kraftbier ersten Ranges. Herb, appetitanregend, nicht süß.  
 Man erhält Köstlicher Schwarzbier in allen durch Schilder und Plakate kenntlichen Geschäften.

**Querschnitte**



**hält jeden Vergleich mit Erzeugnissen der Privatindustrie aus. Verlangt im Konsumverein nur GEG-Kernseife**

**GROSSEINKAUFS-GESELLSCHAFT DEUTSCHER CONSUMVEREINE**  
 M.B.H. HAMBURG 1 / SEIFENFABRIK DÜSSELDORF

**DREI GEBOTE**  
 für die organisierten Verbraucher:

- 1. Kaufe alles im Konsumverein,**  
 was im Haushalt gebraucht wird und was der Konsumverein anbietet. Wenn die Umsätze steigen, wird das Warenlager schneller umgesetzt, es kann schneller bezahlt werden, die hohen Bankzinsen bleiben erspart, die Unkosten ermässigen sich. In gleichem Masse steigen die Ueberschüsse, vermehrt sich das eigene Betriebskapital, wachsen die Vorteile für die Mitglieder!
- 2. Stärke das eigene Betriebskapital!**  
 Der Grundsatz der Selbsthilfe hat die Konsumvereine zu grossen Wirtschaftsorganisationen werden lassen. Die Geldentwertung hat das aus vielen tausend kleinen Teilen bestehende eigene Betriebskapital aufgezehrt. Es mussten und müssen noch fremde Geldmittel in Anspruch genommen werden, die mit erheblichen Zinslasten verbunden sind, welche naturgemäss die Warenpreise ungünstig beeinflussen. Jetzt aber muss es heissen: Zurück zur Selbsthilfe, schafft wieder eigenes Betriebskapital!
- 3. Alle Spargelder nur dem Konsumverein!**  
 Wer in der Lage ist, sparen zu können, soll diese Gelder nur der Sparkasse seines Konsumvereins zuführen, welche die denkbar günstigsten Zinssätze gewährt und die grössten Sicherheiten bietet. Jeder Spargroschen, in privaten oder sonstigen Sparkassen angelegt, bedeutet eine Stärkung der Privatwirtschaft und demzufolge eine Schwächung der Gemeinwirtschaft, deren Ausbau und Vervollkommnung das Ziel aller organisierten Verbraucher sein muss.

**Konsumverein „Eintracht“, Essen, Duisburg, Gelsenkirchen**  
 90 000 Mitglieder — 160 Verteilungsstellen.

**Konsumverein „Wohlfahrt“, Bochum** 42 000 Mitglieder — 90 Verteilungsstellen

**Konsum- und Sparverein Dortmund-Bamm, Dortmund**  
 50 000 Mitglieder — 105 Verteilungsstellen.

**Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“, Barmen, Elberfeld, Velbert** 60 000 Mitglieder — 130 Verteilungsstellen.

**Rhein.-Bergische Konsumgenossenschaft „Böpfung“, Köln**  
 80 000 Mitglieder — 175 Verteilungsstellen.

**Viel Geld**  
 sparen tausende Raucher durch direkten Bezug in meiner Fabrik!

Schutzmarke.  
 Herr H. Becker schreibt: Teile mit, daß ich jetzt die 20ste Sendung bestellt habe. Die Sendungen sind zur grössten Zufriedenheit angekommen.  
 Um auch Sie als Kunden zu gewinnen, liefere ich Ihnen zur Probe 4 x 100 Gramm Tabak (je 100 gr einer Sorte) nach Ihrer Wahl portofrei geg. Nachn.

Preis solange möglich verteuert das Pfund Gold-Mark:	
Spargroschen 1,40	Post und Bahn 2,15
Rippentabak 1,70	Post und Bahn 2,35
Köster-Tabak 2,10	Holländer-Tabak 2,45
Parmer-Tabak 2,20	Beltraf 2,65
Pariser-Tabak 2,50	Diapara-Tabak 2,85
Begünstigte Feinschnitt in 50 u. 100 gr per Pfd. 3,40 u. 3,80 G. 2R.	

Alles gegen Nachnahme. Verpackung frei. Von 3 Pfd. an franko, liefert die alte berühmte  
**Rauchtabakfabrik „Weltruf“**  
 Emil Köller, Bruchsal Nr. 169 (Baden)  
 eingerichtet mit den vollkommensten Tabakfabrikationsmaschinen

Zur Aufzucht junger Kanarienvogel  
**Sommerjaat**  
 Marke „Ausgereift“  
 aus süß, saub. u. Gedächtnisfrei, Postpaket einschl. Porto und Verpackung 4,50 Gm. Ausfuhr. Preisliste über alle Arten Vogelfutter für Körner- und Insektenfresser, Rabgärten, Tauben, Finken- und Hundefutter und Zuchtentwürfen kostenlos zu Diensten.  
**Samenhaus E. C. Kohl,**  
 Frankfurt (Main) C., gegr. 1779

**Billige böhmische Bettfedern!**  
 1 Alto graue gefüllte um 2,50, halbweiße 3,-, weiße 3,- bis 5,-, Dauneweisse 6,-, 7,- und 8,-, beste Sorte 10,- und 12,-, weiße angeglichene (Dupl.) Bettfedern 6,-, 7,50 u. 9,- Gm. Versand portofrei, kostenfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umlauf und Rücknahme gestattet.  
**Benedikt Eckert, Lobos 209**  
 bei Wilsen in Böhmen.

**Musikinstrumente**  
 Prellalste 629 umsonst  
**Edm. Paulus**  
 Markneukirchen 629  
 Welches Instrument interessiert?

**Kartoffellieferung**  
 zur Einföderung, gut und preiswert, befreit  
**Valentin Dietger,**  
 Dortmund, Schützenstraße 128.  
 Telefon 6749. — Versandsmittelfrei.

**Arbeiter-Abstinenzband**  
 Organisation der sozialistischen Alkoholgegner. (In vielen Städten Ortsgruppen.)  
 Kampfschrift:  
**Der abstinent Arbeiter.**  
 Beim ausländischen Postamt bestellen. Vierteiljährlich 30 Pfg.  
 Alkoholgegnerische Literatur, Flugblätter, Plakate, Lichtbilder durch die Geschäftsstelle des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes Berlin SO. 16, Engelplatz 24.

**Als Bergmann auf Spitzbergen.**  
 Reiseindrücke und Erlebnisse von Friß Waldhecker jun., in neuer Auflage erschienen. Preis 30 Pfg.  
**H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42**

Die echte extrastarke **Walthorius Hienfong** (Destillat) erhalten Sie zu Friedenspreisen in fast allen Apotheken und Drogerien, wo nicht, beim Hersteller **Laboratorium E. Walthor, Halle a. S., Mühlweg 20.** Probeflasche gratis und franco.

**Meine Seele singt**  
 Preis 15 Pfg. Gesammelte Gedichte Preis 15 Pfg. von Victor Kalinowski  
**H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str.**

Neu erschienen! **Aus der Geschichte** Neu erschienen! **des sächsischen Bergbaues und seiner Arbeiter**  
 Zur 50jähr. Erinnerung an die Gründung der sächs. Bergarbeiterorganisation. Verfaßt im Auftrage unserer Bezirksleitungen Zwickau und Lugau, die Verbandsorgane unserer sächsischen Zahlstellen u. durch unsere Buchhandlung **Friedrich Langhorst.**  
 Preis 1,50 Mark und Porto.  
 Zu beziehen durch die Bezirksleitungen Zwickau und Lugau, die Verbandsorgane unserer sächsischen Zahlstellen u. durch unsere Buchhandlung **H. Hansmann & Co., Bochum**

**MUSIK-INSTRUMENTE**  
 Harmonikas, Lauten, Gitarren, Mandolinen, Sprechapparate etc.  
 Versand ab Fabrik direkt an Private Katalog gratis. 14000 Dankschreiben  
**MEINEL & HEROLD**  
 Musikinstr.-Harmonikafabrik KUNGENHALA Nr. 475

**Kernledersohlen**  
 (extra prima) in allen Größen von 50 Pfd. bis 2 Mark.  
 Bei Bestellung Schuhgröße angeben.  
**Fr. M. Buchholz,**  
 Ballenstadt a. H., Leberverjaub.

**Sie erreichen**  
 auch durch ein kleines in der **Bergarbeiter-Ztg.** erscheinendes Informat schon **Ihren Zweck!**

Neu erschienen! **Wichtige Dokumente!** Neu erschienen! **Unternehmer u. Kommunisten während der Bergarbeiterkämpfe im Mai 1924.**  
 Preis für Mitglieder 40 Pfg.  
 Sammelbestellungen durch die Zahlstellen erbeten.  
**H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42**